

A photograph of a refugee camp. In the foreground, there are two tents: a blue one on the left and a red one on the right. A woman and two children are sitting on the ground between the tents. The woman is wearing a dark headscarf and a pink top, and is looking towards the children. One child is wearing a patterned jacket and the other is wearing a green jacket. In the background, there are more tents, some covered with white plastic, and several people standing. A pink banner is overlaid on the top left of the image.

18.11. bis 21.11.2019

DOKUMENTATION

DELEGATIONSBESUCH
LESBOS

DIE DELEGATION

Wir waren zwar innerlich gewappnet, aber die verheerenden Zustände in den Flüchtlingslagern auf Lesbos übertrafen unsere Vorstellungen. Ein kleiner Hoffnungsschimmer ist die großartige Arbeit, der Hilfsorganisationen. Doch dürfen wir die Geflüchteten und deren Helfer*innen nicht allein lassen. Wir fordern:

**Löst die Lager auf Lesbos auf und bringt die Menschen aufs Festland.
Helft ihnen – so wie es die Menschlichkeit gebietet. Auch Bayern kann und muss helfen!**



Gülseren Demirel, MdL
Delegationsleiterin
Sprecherin für Integration, Asyl,
Flucht und Vertriebenenpolitik



Florian Siekmann, MdL
Europapolitischer Sprecher



Katharina Schulze, MdL
Fraktionsvorsitzende,
Innenpolitische Sprecherin



Toni Schuberl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher



Cemal Bozoglu, MdL
Bürgerbeauftragter für Asyl und
Migration, Sprecher für Strategien
gegen Rechtsextremismus



Margarete Bause, MdB
Obfrau im Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im
Deutschen Bundestag

Mit den Gästen:

Jana Weidhaase
Bayerischer Flüchtlingsrat

Bernhard Rieger
Bayerischer Integrationsrat und netzwerkASYL.eu



Von links nach rechts: Cemal Bozoglu, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Katharina Schulze, Hamun Tanin, Evi Latzoudi, Margarete Bause, Jana Weidhaase, Bernhard Rieger, Gülseren Demirel, Costas Gianacacos und Anja Edelhäuser.

EINLEITUNG

Delegationsbesuch nach Lesbos (Griechenland) vom 18.11.2019 bis 21.11.2019



„DIE ZUSTÄNDE AUF LESBOS SIND EINE SCHANDE FÜR EUROPA!“

„Es war ein Besuch, der uns hilflos und traurig gemacht hat. Trotzdem war er wichtig für uns, um einen Eindruck aus erster Hand zu gewinnen. Die Einheimischen, die Helfer und die Geflüchteten waren froh, dass auch Politikerinnen und Politiker aus Deutschland nach Lesbos kommen, hinschauen und zuhören“, sagt Gülseren Demirel. Sie ist migrationspolitische Sprecherin der Grünen Fraktion im Bayerischen Landtag.

Im November war sie zusammen mit bayerischen Landtags-Grünen, Unterstützung aus dem Bundestag und zwei ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern auf Lesbos. Ziel war es, einen ganzheitlichen Eindruck über die Zustände der Flüchtlingslager in der Nähe von Moria zu gewinnen, um daraus konkrete politische Forderungen aus Bayern zu entwickeln. Zudem wollte die Gruppe Kontakt zu den Helfern vor Ort aufnehmen, um zu erfahren, welche zivilgesellschaftlichen Initiativen (NGOs) dort arbeiten und wie es den Helfern in dieser Situation geht.

1. Schutzlos: Moria und das Camp „Olive Grove“

Auf der griechischen Insel wohnen ca. 84.000 Einheimische. Zusätzlich lebten hier im November 2019 17.000 Geflüchtete, davon 5.000 Kinder und 1.100 unbegleitete Minderjährige. Laut Presseberichten ist die Zahl der Geflüchteten über den Winter auf über 20.000 gestiegen.

Ausgelegt ist das Flüchtlingslager Moria für 3.000 Personen, doch hier und im angrenzenden illegalen Lager Camp „Olive Grove“ sitzen inzwischen mindestens 15.700 Geflüchtete fest.

Der völlig überfüllte Hotspot Moria liegt auf einem ehemaligen Militärgelände nahe dem gleichnamigen Dorf. Er wird vom „Reception and Identification Service“ betrieben, der dem griechischen Migrationsministerium untersteht. Durch hohe Mauern und Stacheldrahtzaun vermittelt das Lager den Eindruck eines Gefängnisses. Seit dem Regierungswechsel in Griechenland ist ein offizieller Besuch im Lager nicht mehr zulässig. Einige spärliche Informationen erhielt die Delegation über Dolmetscher und die wenigen Helfer, die noch Zugang zum Hotspot haben.

Gülseren Demirel: „Die Insel hat sich aufgrund des menschenrechtswidrigen EU-Türkei-Deals in ein riesiges Freiluftgefängnis für Geflüchtete verwandelt.“

Das offizielle, staatlich verwaltete Lager Moria ist ein dunkler Ort. Hier genauso wie in den Camps außerhalb des Stacheldrahts sind die Schutzsuchenden konfrontiert mit Drogenhandel, Menschenhandel, Prostitution und (sexueller) Gewalt gegenüber Frauen und Kindern.

Bereits Kinder sind selbstmordgefährdet

Für die Essensausgabe müssen die Menschen in langen Schlangen anstehen, das Essen ist von schlechter Qualität und reicht nicht für alle. Viele Menschen leiden Hunger. Es fehlt am Allernötigsten wie Sanitäreinrichtungen, gesundheitlicher Versorgung und Personal. Flüchtlinge mit posttraumatischen Belastungsstörungen und Kriegsversehrte bleiben ohne Behandlung und die extreme psychische Belastung lässt in Moria auch nicht nach. Das Elend, die Hoffnungslosigkeit und die Perspektivlosigkeit der Menschen sind erdrückend.



Die Zeltstadt ist chaotisch und beherbergt viel zu viele Geflüchtete.

Ärzte ohne Grenzen: „Je länger die Menschen in Moria bzw. auf der Insel leben, desto schlimmer wird ihr psychisch-mentaler Zustand.“

Cemal Bozoglu: „Keine medizinische Versorgung, kein Schutz für Frauen und Kinder, keine Unterstützung für Alte und Behinderte. Es fehlt am Nötigsten.“

Aus Protest über die Zustände in Moria haben Ärzte ohne Grenzen den Hotspot Moria verlassen und betreiben außerhalb des Lagers eine Pädiatrie für Kinder und eine Klinik für Erwachsene, die Opfer von Folter und Gewalt geworden sind. Laut Ärzten ohne Grenzen gibt es viele Kinder mit chronischen oder komplexen Erkrankungen wie Epilepsie oder Diabetes, die nicht oder nur unzureichend behandelt werden können. Zudem gibt es Kinder, die erklären, nicht mehr leben zu wollen. Zu den jüngsten gehört ein Zweijähriges, berichtet eine Ärztin.

82% der Erwachsenen haben posttraumatische Belastungsstörungen, alle weisen die gleichen Symptome von „Detention Settings“, also Anzeichen von Hospitalisierung, auf.

Katharina Schulze: „Die katastrophale Situation in Moria macht lebenslang krank.“

Um Moria herum hat sich das unkoordinierte Camp Olive Grove gebildet. Die Menschen – häufig Familien mit kleinen Kindern oder unbegleitete Minderjährige – leben unter Planen oder in einfachen Campingzelten, oft zu dritt oder zu viert in einem Zelt. Der obere Teil des illegalen Camps hat keine Infrastruktur und ist ohne Stromversorgung. Bei Regen und Schnee verwandelt sich das Camp in eine Schlammgrube, die Zelte und Kleider sind feucht und voller

Schimmel. Diese hygienischen Zustände sind lebensbedrohlich, die Verzweiflung steht den Menschen ins Gesicht geschrieben.

Lediglich NGOs kümmern sich im Camp Olive Grove notdürftig um die Asylsuchenden, staatliche Hilfe gibt es nicht. Ein großes Problem besteht darin, genug Platz für die Flüchtlinge zu finden und die desaströsen Bedingungen für besonders vulnerable Flüchtlinge zu verbessern.

Ein Mitarbeiter einer NGO erklärt uns: „Die Praxis, Asylsuchende in einem Ort zu versammeln, verschärft alle Probleme. Die Situation auf Lesbos zeigt das Versagen auf allen Ebenen, vom UNHCR über Europa und Griechenland bis hin zur Kommune vor Ort.“



Monatelang warten die Menschen dicht gedrängt in dürftigen Zelten auf ihr Asylverfahren.

2. Perspektivlos: Behörden und kommunale Vertreter*innen

Die Delegiertengruppe um Gülseren Demirel sprach auch mit Vertretern der Kommune Mytilene und verschiedenen Behörden der EU und ihren Mitgliedsstaaten.

So sind derzeit auch 11 Mitarbeiter*innen des BAMF auf Lesbos, die meisten weiteren Unterstützer kommen aus den Niederlanden und Dänemark. Sie beurteilen die Asylanträge und leiten ihre Einschätzung an die griechischen Behörden weiter. In 80% der Fälle wird diese Beurteilung von den Griechen übernommen. Lesbos ist der größte Einsatz des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) Doch obwohl immer vom europäischen Hotspot Moria gesprochen wird, hat die EU lediglich eine beobachtende und beratende Funktion. Die Zuständigkeit obliegt der griechischen Regierung. Zwar sind die griechischen Behörden bemüht, die Asylverfahren schnell durchzuführen, doch laut EU-Vertreter gibt es einen enormen Rückstau: die Wartezeit auf ein Asylverfahren beträgt zurzeit acht Monate.

Toni Schuberl: „Griechenland und Europa schlagen den falschen Weg ein: Geschlossene Lager, Abschiebehaftanstalten und mehr Personal für die Küstenwache und Frontex. Europa schottet sich ab. Die Menschlichkeit geht völlig verloren.“

Margarete Bause: „Das System krankt daran, dass sich niemand zuständig fühlt – jede Ebene schiebt es auf die andere. Die europäischen Hotspots sind Abbild einer Politik der Abschreckung – für eine menschenwürdige Unterbringung fehlt der politische Wille.“



Cemal Bozoglu und Toni Schuberl auf dem Weg in das Lager Moria.

Die Belastungen für die Bürger*innen auf Lesbos sind immens, denn inzwischen machen die Geflüchteten ein Drittel der Bevölkerung aus. Die Infrastruktur, das Abwassersystem und die Hygieneeinrichtungen kollabieren und das hat auch Auswirkungen auf den Alltag der Einheimischen. Sie werden mürbe. Der stellvertretende Bürgermeister von Mytilene, der größten Stadt auf Lesbos, erklärt verzweifelt: „Die Insel ist zu klein, das Problem muss von Griechenland und der EU gelöst werden. Lasst Lesbos nicht allein!“

Florian Siekmann: „Das Dublin-System geht vor allem zu Lasten Griechenlands – und zugunsten Deutschlands.“

Asylprozess befördert Ablehnung

Die bayerische Delegation konnte auch mit deutschen Frontex-Mitarbeitern sprechen. Sie gehören der Bundespolizei an und sind in Deutschland für die Durchführung von Abschiebungen und für Grenzschutz zuständig. Auf Lesbos registrieren und screenen sie ankommende Flüchtlinge und führen Abschiebungen oder eine freiwillige Rückkehr durch. Für die Dauer des Frontex-Einsatzes unterstehen die Bundespolizisten der griechischen Polizei und können nicht selbstständig handeln. Ihr Arbeitsort befindet sich im Eingangsbereich des Hotspots Moria. Nicht einmal sie kennen das Innere des Camps. Was mit den Menschen nach der



Die Bedingungen in den Lagern sind menschenunwürdig – besonders für Familien mit Kindern.

Untersuchung und Registrierung passiert, wissen sie nicht. Auf die meisten Fragen können sie keine Antwort geben. Nach Ansicht von Katharina Schulze ermöglicht diese Abschottung, dass die Frontex-Mitarbeiter hart und nur nach Vorschrift handeln.

Katharina Schulze: „Die Frontex-Mitarbeiter dürfen nur ausführen. Sie haben zu wenige Informationen, um die Situation richtig einzuschätzen.“

3. Hoffnungsschimmer: Die kommunale Unterkunft Kara Tepe und die Initiativen von NGOs

Besonders wichtig war der Delegiertengruppe der Kontakt zu den örtlichen NGOs. Die Ideen und das Engagement der Zivilgesellschaft, wie sie den Flüchtlingen helfen können, sind bewundernswert. Doch die Situation der Flüchtlinge bringt die Helfer an die Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit.

Im Gegensatz zu den anderen Inseln wie etwa Samos oder Kos verfügt Lesbos über eine gut verankerte zivilgesellschaftliche Infrastruktur: Ärzte ohne Grenzen, PIKPA von

Lesvos Solidarity und Lesvos stand by me – um nur einige zu nennen. Die kommunale Unterkunft Kara Tepe ist ein kleiner Lichtblick.

In Kara Tepe werden vor allem Menschen mit Behinderung, Kranke und Familien mit Kindern untergebracht. Das Camp ist in kommunaler Zuständigkeit und wird durch die EU, den UNHCR, lokalen NGOs und Spenden finanziert. Zurzeit leben in Kara Tepe 1.200 Geflüchtete, davon 700 Kinder. Die Kinder besuchen eine Schule und dürfen an Musik- und Kunstunterricht teilnehmen. Für Menschen mit Behinderung will man ein Programm für barrierefreies Wohnen umsetzen. Zudem gibt es einen Women's Space für Aktivitäten mit Frauen und mehrere großzügig ausgestattete Spielplätze. Es ist Platz für 100 Wohneinheiten, die Belegung ist mit einer 100%igen Auslastung am Limit, mehr solcher Plätze wären notwendig.

Pikpa ist eine Unterkunft, die von der NGO Lesvos Solidarity geführt wird. Hier sind psychisch Kranke und (Kriegs-) Verletzte in kleinen Holzhäusern mit Garten, Küche und Sanitäranlagen untergebracht. Die Frage der Vulnerabilität ist

entscheidend für eine Aufnahme und die Schutzbedürftigkeit stellt der UNHCR fest. Die Häuschen wurden zum Teil mit den Geflüchteten zusammen aufgebaut. Pikpa verfügt über 150 Plätze. Seit 2013 werden hier alle Kinder in regulären Schulen unterrichtet. Pikpa verfügt über einen interkulturellen Waldkindergarten, Gemeinschaftsküchen und ein Nähprojekt. Pikpa versteht sich als Ort der Inklusion und Integration von Flüchtlingen in die lokale Gesellschaft und ist ein Ort der aktiven gesellschaftlichen Teilhabe.

Die Leiterin von Pikpa und UN-Menschenrechtspreisträgerin Evi Latzoudi ist überzeugt: „Man könnte alle Flüchtlinge gleich in Wohnungen mit Küche unterbringen.“

Die Organisation „Lesvos stand by me“ bietet mit der „Academia“ ganz in der Nähe von Moria nach dem Prinzip des Empowerment Sprach- und Bildungsangebote für Geflüchtete an – und versteht sich als Gegenentwurf zu Moria. Hier können sie Kleider nähen, Rechtsberatung bekommen, an den verschiedenen informellen und formellen Kurs- oder Unterrichtsangeboten teilnehmen oder einfach nur plaudern. Das Besondere an der Academia ist, dass der



Gülseren Demirel und Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze machen sich ein Bild vor Ort.



Die Abgeordneten der Bayerischen Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterhalten sich mit Helfer*innen und Zuständigen auf der Insel Lesbos, um sich die schwierige Lage aus erster Hand schildern zu lassen.

Unterricht von internationalen Freiwilligen und von ehrenamtlichen Flüchtlingen erteilt wird. Geplant ist ein Weiterbildungsprogramm für Flüchtlinge aus Moria als Lehrkräfte. So gibt die Academia den Geflüchteten ein Stück Autonomie und Würde zurück.

Michalis Aivalotis, Leiter von Lesbos stand by me: „In Moria leben viele Menschen mit guten Qualifikationen und Fähigkeiten, denen niemand eine Chance gibt.“

Abgeordnete Gülseren Demirel: „Lesbos stand by me setzt an den Ressourcen und Potenzialen der Flüchtlinge an. Das ist der richtige Weg. Es ist großartig, mit wie viel Energie und Hingabe die Freiwilligen hier eine nahezu unmögliche Arbeit leisten“

Helfer brauchen Hilfe

Die Situation für freiwilligen Helfer ist jedoch extrem belastend. Ärzte ohne Grenzen vermeldet aus Griechenland prozentual die meisten Fälle von Burnout bei ihren Helfern, obwohl diese Organisation in allen Krisengebieten der Welt unterwegs ist. Den Helfern vor Ort ist unbegreiflich, wie solche Zustände in der Europäischen Union überhaupt möglich sein können. Ein Fischer, der schon Dutzende Menschen auf dem Wasser gerettet hat, sagt: „Europa ist die Wiege der Demokratie, die EU hat den Friedensnobelpreis bekommen, viele europäische Länder haben die Kinderrechtskonvention unterschrieben und jetzt das hier, wo alle Menschen- und Flüchtlingsrechte mit den Füßen getreten werden.“ Dieses Wissen zehrt an der Psyche.

4. Kostenlose Rechts- und Verfahrensberatung durch NGOs und UNHCR

Geflüchtete, die es auf Lesbos geschafft haben, stehen vor einem komplizierten, langwierigen Asylverfahren. Deshalb bieten einige NGOs eine kostenlose Rechtsberatung an. Die Gruppe um Gülseren Demirel konnte mit dem Greek Council for Refugees sprechen. Diese Anwälte bereiten die Geflüchteten auf die Interviews vor und unterstützen sie beim Einspruch gegen negative Bescheide. Sie sind oft sprachlos, wie oft das Menschenrecht auf Asyl mit Füßen getreten wird: „Die Inhaftierungen in Abschiebehaft sind oftmals nicht legal, da keine Interviews stattgefunden haben und das Asylverfahren erst gar nicht begonnen hat.“

Auch die Organisation HIAS Greece unterstützt die Geflüchteten in Rechtsfragen. Das Team besteht derzeit aus fünf griechische Rechtsanwält*innen und Dolmetschern. Derzeit betreut ein Rechtsanwalt etwa 50 Fälle pro Monat. HIAS Greece gibt auch den Menschen Rechtsbeistand, die Opfer von Menschenhandel wurden.

HIAS Greece: „Seit Monaten finden illegale Abschiebungen in die Türkei statt, wobei nicht klar ist, wo die Betroffenen hinkommen. Zurückweisungen ohne Interview sind eine neue Praxis.“

Das Legal Centre Lesbos ist ein politisches Projekt, das sich mit Informationen über das Asylverfahren, Rechtsberatung und politischem Engagement für eine Verbesserung der Situation der Flüchtlinge auf Lesbos einsetzt. Die NGO lehnt den EU-Türkei-Deal als menschenrechtswidrig ab, die Insel sei infolgedessen zu einem großen Gefängnis für Tausende geworden, so das Legal Centre Lesbos. Tausende warten darauf, ob sie in die Türkei zurückgeführt werden – laut EU-Deal ein sicherer Drittstaat Willkürliche Inhaftierungen und Ausweisungen in andere Länder zeigen, dass die Türkei für Geflüchtete nicht sicher ist.

Legal Center Lesbos: „Festgehalten von den griechischen Behörden sind sich die meisten Flüchtlinge ihrer Rechte nicht bewusst und haben keinen Zugang zu juristischer Beratung und Vertretung.“

5. Bayern kann und muss helfen

Deswegen fordern die bayerischen Landtags-Grünen ein Landesaufnahmeprogramm für besonders Schutzbedürftige aus Lesbos: Der Freistaat soll möglichst schnell alleinlebende Frauen mit und ohne Kinder, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke aufnehmen.



Unsere Initiative im Parlament: Grüner Antrag für ein Bayerisches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Asylsuchende auf Lesbos: <https://gruenlink.de/1pzm>
Video von der Reise: <https://gruenlink.de/1pzl>



Wir demonstrieren für die Menschen auf Lesbos vor dem Bayr. Innenministerium: <https://gruenlink.de/1phq>
Video von der Aktion: <https://gruenlink.de/1pzn>

EINDRÜCKE



Evi Latzoudi, Leiterin Pikpa und UN-Menschenrechtspreisträgerin, und Gülseren Demirel diskutieren mit Ehrenamtlichen.



Bundespolizisten, die für FRONTEX arbeiten, im Austausch mit der Fraktion.





WIE WIR WEITERMACHEN ...



Die Demonstration vor dem Bayerischen Innenministerium.

Verfolgen Sie unser Engagement weiterhin auf www.gruene-fraktion-bayern.de